



Arbeitsbericht
Gesagt – Getan
2024

KA
KATHOLIKENAUSSCHUSS
IN DER STADT KÖLN



„Hingezogene Hoffnung macht das Herz krank, aber ein eingetreffener Wunsch ist ein Baum des Lebens.“

(Sprüche 13,12)

Liebe Vorsitzende der Pfarrgemeinderäte,
liebe Verantwortliche in
den Katholischen Verbänden,
liebe Leserinnen und Leser!

Nach langjährigen Strukturdebatten im Erzbistum Köln, werden wir 2025 nun neue Rechtsformen für unsere zehn Pastoralen Einheiten haben. Sei es als fusionierte Pastorale Einheit zu einer Pfarrei oder mit dem sog. „Spurwechsel“ als Kirchengemeindeverband. Diese Veränderungen folgen leider keiner inhaltlichen Debatte, sondern fast ausschließlich äußeren Zwängen, wie Personal- und Geldmangel. In diesen neuen

Rechtsformen ist für die meisten noch unklar, welche Aufgaben, Möglichkeiten und Funktionen sie haben. Welche Rolle spielen dabei die Verbände?

In dieser sehr unklaren Situation, stehen die PGR- und KV-Wahlen im November 2025 unter keinem guten Stern. Nun ist es an uns unverzagt zu sein, Chancen und Möglichkeiten zu entdecken und unsere Ideen in diesen Prozess einzubringen.

In der Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen hat sich in Köln im letzten Jahr ein interessantes Projekt entwickelt:

„Wir lassen die Kirche im Veedel!“

In Zeiten, in denen nicht nur die katholische Kirche schauen muss, welche Kirchen und Gebäude sie in Zukunft unterhalten kann, schauen wir darauf, wie wir gemeinsam mit anderen christlichen Kirchen einen Standort im Veedel erhalten. Dort können sich Menschen aus dem Veedel versammeln und Gottesdienst feiern. Und vielleicht lernt man sich dabei näher kennen und entdeckt Gemeinsamkeiten in der ökumenischen Vielfalt – ein Baum des Lebens.

Ihr/euer Gregor Stiels



Der Katholikenausschuss

Der Katholikenausschuss ist die Vertretung der Katholiken und Katholikinnen in Köln. Er wird von den Pfarrgemeinderäten und den katholischen Verbänden für vier Jahre gewählt und wirkt mit bei der Gestaltung von Kirche, Stadt und Gesellschaft aus dem Geist des Evangeliums.

Bereits 1947 gründeten katholische Frauen und Männer der Stadt dieses Gremium.

Aufgaben

Der Katholikenausschuss

- gibt Anregungen dazu, die Kirche auf dem Weg in die Zukunft weiterzuentwickeln.

- gibt denen eine Stimme, die keine Lobby haben und setzt sich für ein friedliches Miteinander und Toleranz ein.
- unterstützt die Arbeit der Pfarrgemeinderäte.
- engagiert sich in der Ökumene und im interreligiösen Dialog.
- äußert sich zu aktuellen Themen in Kirche, Stadt und Gesellschaft und vertritt die katholischen Gläubigen in der Öffentlichkeit.

Arbeitsweise

Der ehrenamtliche Vorstand lädt kompetente und engagierte Katholiken und Katholikinnen zur Mitarbeit auf verschiedenen Arbeitsfeldern ein.

Er organisiert seine Arbeit in Gruppen und Gesprächsrunden, an denen sich auch dem Vorstand nicht angehörende Personen beteiligen können. Einige dieser Gruppen wirken temporär und projektbezogen.

Vorstand und Basis sind unter anderem verbunden durch die Konferenz der katholischen Verbände und die Konferenz der Pfarrgemeinderatsvorsitzenden.



Gregor Stiels
Vorsitzender



Dr. Ernst-Albert Cramer
Stv. Vorsitzender



Dinah Breithaupt



Elisabeth Grumfeld



Gero Schlesinger



Msgr. Robert Kleine
Stadtdechant



Peter Krücker
Stv. Vorsitzender



Lara Bergrath



Prof. Dr. Remo Laschet



Julian Staratschek



Maximilian Rudloff
Stv. Vorsitzender



Dr. Georg Dietlein



Michael Paetzold



08.01.2024: Dreikönigsempfang

Diskussionen über die Zukunft der Kirche

Gut 160 Gäste folgten am Montag, dem 8. Januar, den Reden von Gregor Stiels, Msgr. Kleine und Oberbürgermeisterin Henriette Reker.

Gregor Stiels ging in seiner Ansprache auf die Entscheidung des Vatikans ein, dass katholische Geistliche unverheiratete und homosexuelle Paare segnen dürfen. Dies sei möglich gewesen durch den Einsatz engagierter Gläubiger und beweise, dass sich Engagement lohne. Zugleich merkte er an, dass die Bezeichnung dieser Paare, als „ir-

reguläre Paare“, jedoch deutlich mache, wie weit der Weg noch sei, der zu gehen gilt. Die Kirche müsse wieder näher zu den Menschen gebracht werden, erklärte er und übte dabei scharfe Kritik an Kardinal Woelki, der diesen Schritt durch seine Ablehnung des Synodalen Reformprozesses kategorisch verweigert.

Sowohl er, als auch Msgr. Kleine sprachen die politische Lage im Land an. Ob bei der Aufnahme von Flüchtlingen bis hin zur Solidarität mit den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern würden die Engpässe des



© Ulla Kleinebeckel

städtischen Haushalts den sozialen Frieden der Stadt gefährden.

Oberbürgermeisterin Reker mahnte eine ehrliche Diskussion darüber an, was der Staat leisten könne und wo sich sparen lasse. Dabei ständen alle Großprojekte, insbesondere die, die noch nicht begonnen wurden, auf dem Prüfstand.

Im Anschluss tauschten sich die Gäste zu den Themen aus und kamen beim traditionellen Grünkohlessen miteinander ins Gespräch.

Nachfolgend finden Sie Auszüge aus der Rede zum Dreikönigsempfang 2024 gehalten von Gregor Stiels, dem Vorsitzenden des Katholikenausschuss Köln

„Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu erlangen, der wird am Ende beides verlieren.“

Diesem Satz von Benjamin Franklin, einem der Gründungsväter der Vereinigten Staaten, bin ich in den letzten Wochen begegnet und er ging mir etwas länger nach. Die massive Polizeipräsenz vor unseren Synagogen und vor dem Kölner Dom macht deutlich, dass dieser vor über 300 Jahren gesprochene Satz eine große Aktualität hat.

Ich bin allen dankbar, die sich trotz der weiterhin hohen Bedrohungslage nicht die Freiheit nehmen lassen, an den Gebeten, Feierlichkeiten und Gottesdiensten in den Synagogen teilzunehmen und ich bin allen Sicherheitskräften dankbar, dass wir durch Ihren Schutz, dies auch ohne Angst tun können. ...

Mir ist es nach wie vor nicht gleichgültig, wenn jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Angst nicht in die Synagoge gehen oder auf Kippa und sonstige religiöse Zeichen verzichten.

Ich kann Ihnen versprechen, dass wir Katholiken unsere Brüder und Schwestern jüdischen Glaubens nicht allein lassen. ...

Ich kann Ihnen versprechen, dass wir auch in diesem Jahr in einem guten Austausch bleiben und gemeinsam mit unseren evangelischen Geschwistern schauen, wie wir unserer Verantwortung gerecht werden.

Das beginnt mit einem regelmäßigen Dialog, meint auch die aktive und meinungsstarke Teilnahme am Rat der Religionen und wird auch, wenn nötig, ein deutliches öffentliches Zeichen, wie der Schweigegang am 8. November sein. ...

Dabei bin ich weit davon entfernt von Köln aus, kluge Vorschläge zu unterbreiten, wie denn der Friede in Nahost gelöst werden sollte. Was ich aber kann und was ich mit Ihnen gemeinsam tun möchte, ist den be-

drohten Frieden und den Zusammenhalt in dieser Stadt zu fördern.

Neben den Kriegen und Krisen dieser Welt, die Auswirkungen auf unsere Stadt haben, sehe ich in der Krise von kommunalen Haushalten, eine Gefährdung des sozialen Friedens in Köln. ...

Durch eine größer werdende Finanzierungslücke u.a. durch erhöhte Lohnkosten, werden jetzt schon soziale Strukturen abgebaut, Betreuungszeiten gekürzt, Träger müssen sich zurückziehen, Insolvenzen drohen.

Zur Wahrung des sozialen Friedens, müssen die Angebote der freien Träger, die sie im Auftrag der Stadt Köln erbringen, gesichert werden.

Der Rat der Stadt Köln hat schon beschlossen, die Finanzierung der freiwilligen Angebote zu verbessern, das ist gut. Für die Finanzierung der OGS und der Kitas gibt es aber noch keine Lösungen.

Damit Angebote auch in 2024 im gleichen Umfang und gleicher Qualität erbracht werden können, muss der Rat beschließen, die Tarifikostensteigerungen der freien Träger vollumfänglich zu decken. Und das auch für den kommenden Doppelhaushalt.

Zudem sehe ich die Gefahr, dass Geflüchtete im gesellschaftlichen Diskurs vermehrt als Verursacher, von Mängeln in der kommunalen Infrastruktur verantwortlich gemacht werden.

Der Konsens einer humanen Aufnahme- und Integrationspolitik ist in dieser Stadt dadurch gefährdet und steht vor großen Herausforderungen. Der Katholikenausschuss sieht diese Entwicklung, gemeinsam mit den vielen Initiativen beim Runden Tisch für Integration, mit großer Sorge und wir werden sehr bald Vorschläge für eine sachliche gesellschaftliche und politische Debatte einbringen, die wir im Anschluss mit Ihnen führen wollen.

Zu Beginn des Jahres möchte ich auch einmal kurz auf die Aufgaben und Herausforderungen der katholischen Kirche schauen: Im November wurde die sechste Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung der Evangeli-

schen Kirche in Deutschland veröffentlicht, an der sich erstmals auch die katholische Kirche beteiligt hat.

Kurz zusammengefasst ein Ergebnis, das mich nach den letzten beiden Jahren nicht weiter überrascht hat:

Die Reihen haben sich deutlich gelichtet (über 500.000 Austritte 2022), die Religiosität geht zurück, das Vertrauen ist auf einem Tiefpunkt angelangt.

In der Stadt Köln drückt sich das so aus, dass von ehemals fast 70 Pfarrgemeinden, noch 10 Pastorale Einheiten mit einem leitenden Pfarrer übriggeblieben sind. Und ich erwarte, dass wir uns in nicht allzu ferner Zukunft sehr intensiv mit der Schließung

von Kirchen und Pfarrheimen beschäftigen werden.

Dabei gibt es für mich noch keine erkennbare Strategie, wie und mit welchem Ziel wir auf die zugehen, die ausgetreten sind, die das Vertrauen verloren haben, die sich von der Kirche ausgegrenzt und diskriminiert fühlen.

Trotzdem gibt es auch gute Nachrichten: Dass sich trotz dieser Zahlen und Analyse, so viele Menschen in dieser Stadt in ihren Pfarrgemeinden und Verbänden durch ihren Glauben motiviert für andere engagieren, ist wirklich bemerkenswert und ermutigend.

Und ich sage Ihnen, wir müssen uns darauf einstellen, eine wachsende säkulare Mehrheit in dieser Stadt zu erreichen. Dabei ist es laut Studie aussichtslos, diese Mehrheit als Mitglieder zu gewinnen oder für den Glauben zu begeistern. Die Befragten wünschen sich allerdings, dass wir uns in gesellschaftliche Debatten einbringen und unser soziales Angebot aufrechterhalten.

Wir müssen diese Stärke behalten.

Wir müssen weiterhin für Toleranz und soziale Gerechtigkeit eintreten.

Wir müssen die Zuversicht und Hoffnung vermitteln, die wir durch unseren Glauben haben.

Das sind die Stärken, die wir weiterhin einbringen können, einbringen sollten, einbringen werden.

Die Entscheidung aus Rom, die uns kurz vor Weihnachten erreichte, die nun doch die Segnung von gleichgeschlechtlichen Paaren zulässt zeigt, dass sich nur etwas bewegt, wenn wir Gläubigen uns engagiert einsetzen. Das wollen und werden wir auch weiterhin tun.

Ich glaube auch, dass durch die Gespräche beim Synodalen Weg deutlich wurde, wie weit sich Kirche in Teilen von den Menschen entfernt hat. Auch wenn diese Entscheidung innerhalb der katholischen Kirche als weitreichend und revolutionär benannt wurde,

zeigt die Bezeichnung der zu Segnenden als „irreguläre Paare“, wie weit der Weg ist, den es noch zu gehen gilt.

Ich bin fest davon überzeugt, dass der neu gegründete Synodale Ausschuss, die Kirche in Deutschland wieder näher zu den Menschen bringt, deren Anliegen und Sorgen überhaupt verstehen lässt.

Ich halte es für falsch, dass sich der Kardinal diesen guten Entwicklungen kategorisch verweigert. Es geht in erster Linie um den Austausch und das Verstehen von anderen Positionen und Wahrnehmungen und dann um das Finden von gemeinsamen Wegen.

Ich halte es für ein völlig falsches Signal, sich diesem Weg zu verweigern, in einer Kirche, die sich sehr weit von der Außenwelt entfernt hat.

Ich möchte, dass in diesem neuen Synodalen Ausschuss das Erzbistum Köln vertreten ist. Durch die Teilnahme des Kardinals, wäre nicht die Einheit der Weltkirche gefährdet.

Vielmehr kann in der Kirche Deutschlands gegenseitiges Verständnis aufgebaut und Gräben überwunden werden. Die Tür für Kardinal Woelki steht sperrangelweit offen!

Herr Kardinal, gehen Sie durch diese Tür!

Zum Abschluss möchte ich noch drei konkrete Projekte nennen, die jetzt und im Frühjahr anstehen, die mich zuversichtlich für das kommende Jahr stimmen:

Unser **Dreikönigsstipendium**: Katholikenausschuss, Katholische Jugendwerke (KJW) und der Bund Deutscher Katholischer Jugend (BDKJ) konnten zum dritten Mal, drei Stipendien vergeben. Drei junge Menschen werden ab sofort wieder für 2 Jahre finanziell und durch Mentoring und Fortbildungen, ideell gefördert, so dass sie sich neben Ausbildung und Studium ehrenamtlich in der katholischen Kirche engagieren und Verantwortung übernehmen können.

Reihe „**Mut zu gestalten**“: Auch in diesem Jahr werden wir durch verschiedene Veranstaltungen miteinander im Gespräch bleiben und uns darüber austauschen, wie wir aktiv die 10 neuen Pastoralen Einheiten gestalten und Kirche vor Ort lebendig bleibt.

Ausstellung „**Gut.Katholisch.Queer**“. Im April wird es eine Ausstellung und Veranstaltungsreihe zu diesem Thema im Domforum geben. Das Zuhören und Verstehen von Menschen, die durch die Kirche ausgegrenzt und diskriminiert werden, wird dabei eine wichtige Rolle spielen.

...

21.01.2024: Demokratie schützen – AfD bekämpfen

70.000 Bürger und Bürgerinnen demonstrierten in Köln gegen Rechts!!

Der Katholikenausschuss schaut mit großer Sorge auf den von „Correctiv“ aufgedeckten „Geheimplan gegen Deutschland“!

Die menschenverachteten Inhalte dieses „Plans“ widersprechen unseren christlichen Werten auf eklatante Weise, schüren Angst und Hass und erinnern mit Deportationsfantasien sehr an die dunkelsten Kapitel unserer deutschen Geschichte.

Der KA unterstützte den Aufruf von „Köln stellt sich quer“ und rief zur Teilnahme an

der Kundgebung auf, die auf der Deutzer Werft stattfand. 70.000 Menschen demonstrierten in Köln gegen Rechts, 74 Gruppen quer durch die Stadtgesellschaft unterstützten die Veranstaltung: vom Kölner Flüchtlingsrat bis zum Festkomitee Kölner Karneval, von der Klubkomm bis zu Pax Christi, von Cologne Pride bis zu den Willkommensinitiativen, dazu Kölner Bands von den Höhnern bis Brings.

Demokratie schützen

AfD bekämpfen!

**Sonntag, 21. Januar,
12 bis 14 Uhr, Alter Markt**





© Peter Weidemann, pfarrbriefservice.de

27.01.2024: Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus

KZ Auschwitz befreit – Mahngang zur Salzgasse

Erinnern: Eine Brücke in die Zukunft

Mit diesen Worten erkannte der Bundestag am 13. Februar 2020, also 75 Jahre nach Ende der NS-Diktatur, Tausende von Menschen als NS-Opfer an, die bis dahin als sogenannte „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ gegolten hatten. Für den Antrag auf Anerkennung als Opfer stimmten die Regierungsparteien und die Oppositionsfraktionen, nur die AfD-Fraktion enthielt sich. Die Betroffenen wurden in der Nachkriegszeit

über Jahrzehnte aus der Entschädigung und dem Gedenken ausgegrenzt. Sie bekommen bis heute nur selten einen Stolperstein gesetzt. Für die meisten kommt jede Anerkennung zu spät.

Bereits im Kaiserreich hatten Ämter und Polizei vielen Menschen, die später als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ verfolgt wurden, ein selbstbestimmtes Leben verwehrt. Es kursierten schon „rassenhygienische“ und kriminalbiologische Theorien wie die des „geborenen Verbrechers“. Ab 1933 bildeten diese Vorstellungen die Grundlage der Arbeit der Wohlfahrtsstellen, des Ge-

sundheitswesens und der Kriminalistik. Die fortschrittliche Sozialarbeit, die in Köln z.B. die Leiterin des Wohlfahrtsamtes Dr. Hertha Kraus in der Weimarer Zeit eingeführt hatte, wurde zunichtegemacht.

Im September 1933 durchkämmten Polizei und SA tagelang Kneipen, Nachtsytle, öffentliche Orte wie den Hauptbahnhof und verhafteten Personen ohne festen Wohnsitz. Besonders die Wohnungslosen waren den Razzien schutzlos ausgeliefert. Eine begleitende Pressekampagne zeichnete das Zerrbild „berufsmäßiger Bettler“, die nicht wirklich bedürftig seien, sondern sich an Almosen bereichern würden. Sie seien „Schädlinge“, von denen die „Volksge-

meinschaft“ befreit werden müsse. Reichsweit wurden rund 10.000 Bettler*innen und Wohnungslose verhaftet.

Ab 1937 systematisierten Staat und Partei die Verfolgung von armen oder unangepassten Menschen, die nicht den Vorstellungen der „deutschen Volksgemeinschaft“ entsprachen. Unterhaltssäumige, Wohnungslose, Wandergewerbetreibende, Suchtkranke, Frauen, die als Prostituierte arbeiteten oder von den Behörden für solche gehalten wurden, konnten ohne Gerichtsverfahren durch die Kriminalpolizei in Konzentrationslager deportiert werden. Nach Massenverhaftungen im Juni 1938 bildeten die Festgenommenen kurzzeitig die

größte Häftlingsgruppe in den KZ – erkennbar am schwarzen („asozial“) oder grünen (kriminell) Winkel an der Häftlingskleidung. Ein Beispiel für die „Säuberungspolitik“ der Nazis ist die Sanierung des Martinsviertels, das zu einer gehobenen Wohn- und Geschäftsgegend umgestaltet werden sollte, – 140 Kleinstwohnungen gingen dabei verloren. Die vertriebenen Menschen wurden am Stadtrand in Armensiedlungen untergebracht und polizeilich überwacht.

In der NS-Zeit konnte die Zuschreibung „asozial“ zum Todesurteil werden. Doch auch heute noch dient der herabwürdigende Begriff dazu, Menschen auszugrenzen: unter Armut Leidende, Obdachlose

oder Menschen, die angeblich nichts leisten – als wäre all dies kein überwiegend gesellschaftliches, sondern ihr privates Problem. An die Opfer zu erinnern heißt, auch heute deutlich gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung dieser Menschen einzutreten. *„Niemand wurde zu Recht in einem Konzentrationslager inhaftiert, gequält oder ermordet.“*

Der Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald vom April 1945 ist immer noch aktuell: Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.



21.01.2024: Stellungnahme des DR zum Todestag von Nikolaus Groß

„Wie wollen wir dann vor Gott und unserem Volk bestehen?“

Stellungnahme des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Köln zum Todestag von Nikolaus Groß

Am 23. Januar 1945 wurde Nikolaus Groß, Arbeiterführer und Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime, durch die Nationalsozialisten hingerichtet. Sein starker Glaube hat ihm den Mut gegeben, den politischen Kräften zu widerstehen und für seine Überzeugung einzustehen. Nikolaus Groß bewies Standhaftigkeit gegen Hass, Gewalt und Unterdrückung.

Wir erleben heute wieder ein Erstarren rechtsradikaler Kräfte in unserem Land. Dies bereitet uns große Sorge. Als engagierte Christinnen und Christen schweigen wir nicht – wir sind bereits seit Jahren laut und warnen davor. Wir benennen diese Kräfte klar: Die AfD ist eine rechtsradikale, menschenverachtende Partei, die den Werten unseres Glaubens konfrontativ gegenübersteht. Wir stehen ein für unsere Überzeugungen: Jeder Mensch ist ein Ebenbild Gottes und gleich in Würde und Recht.

Seit längerer Zeit bereits nehmen wir wahr, wie Kräfte des rechten Randes die Öffent-



© Achim Pohl/Bistum Essen, Pfarrbriefservice.de

lichkeit zum Schauplatz ihres Hasses werden lassen; wie sie versuchen menschenfeindliches Sprechen zu etablieren. Das wird ihnen nicht gelingen [...]

Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie die ausführliche Stellungnahme des Diözesanrates zum Nachlesen

Stellungnahme vom 22.01.2024 zum Todestag von Nikolaus Groß
„Wie wollen wir dann vor Gott und unserem Volk bestehen?“

Köln – Am 23. Januar 1945 wurde Nikolaus Groß, Arbeiterführer und Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime, durch die Nationalsozialisten hingerichtet. Sein starker Glaube hat ihm den Mut gegeben, den politischen Kräften zu widerstehen und für seine Überzeugung einzustehen. Nikolaus Groß bewies Standhaftigkeit gegen Hass, Gewalt und Unterdrückung.

Wir erleben heute wieder ein Erstarren rechtsradikaler Kräfte in unserem Land. Es

liegt an uns. Wenn Hass und Hetze verbreitet wird, liegt es an uns aufzustehen und zu sprechen, wenn Andere schweigen. Es liegt an uns, die Schweigenden zu ermutigen, gegen den Hass zu sprechen.

Für uns als engagierte Christen ist es eine besondere Pflicht, die Liebe am Nächsten vorzuleben.

„*Wenn wir heute nicht unser Leben einsetzen, wie wollen wir dann vor Gott und unserem Volk einmal bestehen*“, sagte Nikolaus Groß einen Tag vor dem gescheiterten Attentat gegen Hitler. Er riskierte etwas, war sogar bereit, sein Leben für seine Überzeugung einzusetzen.

Heute ist es für uns so viel leichter gegen Hass und Hetze, gegen das menschenverachtende Gedankengut der AfD zu sprechen. Nutzen wir dies.

Jeder, der einer rechten Partei, wie der AfD eine Stimme gibt, muss sich bewusst sein, was er macht; bewusst sein, über die Folgen, wenn es zu einer parlamentarischen Mehrheit radikaler Kräfte kommen sollte. Eine Stimme für die AfD kann kein Protest sein. Eine Stimme für die AfD ist Ausdruck von Unterstützung des Hasses und der Verachtung unserer Demokratie.

Der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln wird sich immer für die Würde

aller Menschen und für die Demokratie engagieren. Der selige Nikolaus Groß und alle, die für ihre demokratische Überzeugung etwas riskiert haben, sind uns ein Vorbild.

Wir rufen all diejenigen, die bisher noch schweigen auf, mit uns und allen Demokratinnen und Demokraten gemeinsam laut zu sein. Wir Demokratinnen und Demokraten haben alle einen gemeinsamen Nenner. Nie wieder ist jetzt!





© Rainer Thelen

17.03.2024: Bestattung totgeborener Kinder

Zahlreiche Kinder sind im letzten Jahr tot geboren worden. An diese Kinder wollen wir denken, um sie trauern und ihnen ein würdevolles Begräbnis ermöglichen.

„*Gott kennt keine Leerstellen*“, ist der Leitvers der diesjährigen Bestattung. Gott kennt keine Leerstellen, er vollendet, was diese Kinder nicht leben konnten!

Allen totgeborenen Kindern eine würdevolle Bestattung zu ermöglichen, ist seit 2013 ein gemeinsames Anliegen vom Katholikenausschuss in der Stadt Köln, dem Bestattungshaus Christoph Kuckelkorn und der Pfarr-

gemeinde St. Clemens und Mauritius in Köln Mülheim.

Gesetzlich muss ein Kind, das bei der Geburt weniger als 500 Gramm wiegt, nicht bestattet werden, es gilt offiziell als Fehlgeburt. Wegen seiner geringen Größe wird es dann nicht als Person anerkannt und muss laut Bestattungsgesetz auch nicht beerdigt werden. Wir glauben an das Leben von Anfang an und dass Gott von Anfang an schon unseren Namen kennt.

„*Aus der Zusage Gottes, dass niemals jemand vergessen sein wird, erwächst eine*

besondere Verantwortung für uns Christen!“

Wir möchten daher allen Kindern, von Anfang an, eine würdige Bestattung ermöglichen.

Wir möchten trauernden Familien einen Ort der Trauer und des Trostes schaffen, den es sonst nicht geben würde.

Auf dem katholischen Friedhof in der Sonderburger Straße wurde von der Pfarrgemeinde St. Clemens und Mauritius in Köln-Mülheim eine Grabstätte geschaffen.

Einmal im Jahr, am Passionssonntag, bestatten wir dort unsere totgeborenen Kinder in einer Urne – so auch in diesem Jahr.

Die Bestattung fand um 11:15 Uhr auf dem Friedhof Sonderburger Straße in Köln-Mülheim statt.

Pater Thomas Lüersmann SDB übernahm die Leitung. Bestattermeister Christoph Kuckelkorn war wieder der organisierende und durchführende Bestatter.

Der Vorsitzende Gregor Stiels nahm für den Katholikenausschuss Köln teil.

Alle Personen standen im Anschluss für Fragen zur Verfügung.



© Peter Weidemann, pfarrbriefservice.de

21.03.2024: #15 vor 12

Demokratie schützen. AFD bekämpfen – Aufruf zur Aktion #15vor12 – Für Menschenwürde

Die katholische Kirche in Köln, vertreten durch den Katholikenausschuss und das Stadtdekanat, rief gemeinsam mit den Gewerkschaften zum Sternmarsch auf.

Dabei wurde auf das einstimmig beschlossene Papier der Deutschen Bischofskonferenz von der Frühjahrstagung „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ verwiesen.

Nach dem Bekanntwerden der Rechercheergebnissen von „Correctiv“ zum Treffen von AFD Politikern und Mitgliedern der Wertunion mit der identitären Bewegung sind in Deutschland tausende Menschen auf die Straßen gegangen – für die Demokratie – gegen AFD und Rechtsextremismus!

Die Recherchen von „Correctiv“ haben offengelegt, wie weit wichtige Mitglieder und Funktionäre der AFD offen für menschenverachtende rechtsextremistische, verfassungswidrige Ideen und Pläne sind. Diese erinnern fatal an die schlimmsten rassistischen

Traditionen des deutschen Faschismus von Ausgrenzung und Diskriminierung. Die zahlreichen Protestkundgebungen haben den Startschuss gegeben für viele weitere Aktionen, die über den Tag hinausreichen.

Viele Menschen haben erkannt: Es ist höchste Zeit zu handeln! Angesichts der bevorstehenden Europawahl und der Landtagswahlen müssen die Brandmauern der demokratischen Parteien gegen die AFD erhöht werden. Für die großen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen bietet die AFD keine Lösungen. Im Gegenteil: sie leugnet den menschengemachten Klimawandel, sie tritt für Sozialabbau und gegen Mindestlöhne sowie gegen

Steuererhöhungen für Wohlhabende ein und will die EU abschaffen.

Jede Stimme für die AFD ist eine Stimme gegen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Daher ist es höchste Zeit, das Verbindende der demokratischen Kräfte in den Vordergrund zu stellen im Einsatz für ein demokratisches, soziales Europa ohne Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Nach den großen Demonstrationen in der Kölner Region mit mehr als 150.000 Beteiligten rufen wir als „Köln stellt sich quer“ für den internationalen Tag gegen Rassismus, den 21. März 2024 um Viertel vor zwölf mit #15vor12FürMenschenwürde auf zu Aktionen zur Verteidigung der Menschenwürde,

des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, zur Bekämpfung aller Rechtsextremisten und der AFD als ihrem parlamentarischen Arm.

Für eine Viertelstunde bitten wir alle, egal, was sie gerade tun, innezuhalten und ein deutliches Zeichen zu setzen für das unantastbare Recht auf Menschenwürde: In Betrieben, Werkstätten, Büros und Verwaltungen, auf Sportplätzen, in Kultureinrichtungen, in Kitas, Schulen und Hochschulen.

Wir wollen sichtbar machen, dass wir in einer offenen international geprägten Gesellschaft zusammenleben und uns nicht spalten lassen. Leben und Arbeiten wären nicht denkbar ohne Menschen mit Migrationsge-

schichte. Eintreten für Menschenwürde bedeutet auch, basierend auf einer humanen Flüchtlingspolitik Geflüchteten bessere Zugänge zur Arbeitswelt zu ermöglichen. Wir wollen, dass an Arbeits- und Ausbildungsplätzen eine Viertelstunde über Rassismus und die menschenverachtenden Deportationspläne der AFD diskutiert und überlegt wird, wie gemeinsames Eintreten für Menschenrechte und Menschenwürde tatsächlich aussehen kann – gegen Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Antifeminismus, Homophobie und Transfeindlichkeit.

Wir wollen, dass an Arbeits- und Ausbildungsplätzen allen Menschen Solidarität und Wertschätzung entgegengebracht wird,

unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiöser oder politischer Anschauung. (Art 3 GG) – Dies ist eine deutliche Absage an die Pläne der AFD.

Wir hoffen auf zahlreiche Beteiligte mit unterschiedlichsten Aktionen, Ideen und kreativen Aktivitäten. Um über alle Aktivitäten berichten zu können, haben wir die Plattform www.15-vor-12.de eingerichtet.

22.04.2024: Portraitserie von #outinchurch

Eine Fotoausstellung im Domforum

Eine Gruppe engagierter Menschen (AK Katholikenausschuss) beschäftigt sich mit der Situation queerer Menschen und deren Anknüpfungspunkten und Wünschen an die Angebote der katholischen Kirche im Bistum Köln.

Über die Jahre wurden eine Reihe von Begegnungen zwischen den queeren Communities und katholischen Angeboten im Rahmen des „Stadtgangs“ organisiert. In diesem Format gelang ein wertvoller Dialog zwischen Menschen ganz unterschiedlicher Lebensbereiche. Dabei wurde immer wieder

erfahrbar, wie groß der Wunsch vieler queerer Menschen ist, auf Augenhöhe im kirchlichen Raum wahrgenommen und willkommen geheißen zu werden.

Die Initiative #OutInChurch mit ihren Aktivitäten, z.B. die Fernsehdokumentationen „Wie Gott uns schuf“, waren eine wichtige Anregung einen Beitrag zum Dialog zwischen queeren Menschen und den verschiedenen Strukturen der katholischen Kirche des Bistums zu leisten.

So entstand die Idee, die Ausstellung „GUT.KATHOLISCH.QUEER.“ – von einer Veranstaltungsreihe – begleitet zu zeigen.





© Stefan Rahmann

22.04.2024: Kein Stimmenfang auf Kosten Geflüchteter

Kölner Kirchen überwachen Fairness-Vereinbarung im Vorfeld der Europawahl

Stadtsuperintendent Bernhard Seiger und Gregor Stiels, Vorsitzender des Katholikenausschusses in der Stadt Köln, haben als Schiedsleute den Europa-Wahlkampf der demokratischen Parteien überwacht, die das Fairnessabkommen des Kölner Runden Tisches für Integration unterzeichnet haben.

Die Formulierung darin könnte eindeutiger nicht sein: „Die unterzeichnende Partei verpflichtet sich ausdrücklich im Wahlkampf zur Wahl des Europäischen Parlaments am

9. Juni 2024 die Vielfalt in unserer Gesellschaft zu achten und sich für gute Lebensbedingungen, Toleranz und ein friedliches Miteinander der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kulturen und Religionen einzusetzen.“

Verpflichtet dazu hatten sich im Vorfeld der Europawahl die demokratischen Parteien, die auch im Kölner Stadtrat vertreten sind. Dies sind die CDU, die SPD, Die Linke, Die Grünen, FDP und Volt. Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Sprecher des Kölner Runden Tisches für Integration, stellte das Papier gemeinsam mit Bernhard Seiger und

Gregor Stiels im Haus der Evangelischen Kirche vor.

Die beiden Vertreter der Kirchen agieren im Wahlkampf als Schiedsleute und werden bei Verstößen gegen das Abkommen intervenieren. Das wird zunächst in einem vertraulichen Gespräch stattfinden. „Wir werden aber, wenn in diesem Gespräch ein Konsens nicht möglich ist, an die Öffentlichkeit gehen“, erklärte Gregor Stiels. Er betrachtet die Fairness-Vereinbarung „als präventives und nicht als drohendes Papier“. Es gehe in erster Linie darum, wie die Parteien mit dem Thema Migration umgingen, betonte Wolfgang Uellenberg-van Dawen.

„Die Parteien haben sich mit dem Fairnessabkommen eine Selbstverpflichtung gegeben, sich an diese Grundsätze zu halten. Sie sind das Commitment eingegangen, Herrn Stiels und mich als Ombudsleute zu akzeptieren, an die man sich in kritischen Fällen wenden kann“, erklärte Bernhard Seiger die Rolle der beiden Schiedsleute. Bei einer Meldung würden sich die beiden mit dem Runden Tisch für Integration und untereinander absprechen und sich dann an die zuständigen Parteivorsitzenden wenden. Diese seien in der Verantwortung, dass sich alle Repräsentantinnen und Repräsentanten ihrer Partei im Wahlkampf an die Vereinbarung halten.

„Ich finde, das ist eine Form hoher politischer Kultur. Sie trägt zur Glaubwürdigkeit der Parteien bei, denn sie ist die Grundlage dafür, dass gewählte Vertreterinnen und Vertreter, hier konkret Abgeordnete im Europaparlament, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler haben,“ sagte Bernhard Seiger weiter.

Gregor Stiels dankte, dass man den beiden kirchlichen Vertretern das Vertrauen entgegenbringe, die Aufgabe als Schiedsleute zu erledigen. Er erinnerte an eine einstimmige Entscheidung der Deutschen Bischofskonferenz, dass rassistische Parteien nicht wählbar seien. „Ich habe das Gefühl, dass der gesellschaftliche Konsens, den auch die

Kirchen mitgetragen haben, bröckelt.“ Es gebe Kreise, in denen würde Migrantinnen und Migranten verantwortlich gemacht für Probleme wie fehlende Schulplätze und fehlende Infrastruktur. Es gelte, sich an dem moralischen Kompass klar auszurichten und um einen gesellschaftlichen Konsens zu bemühen. Basis sei die unantastbare, unverfügbare Würde des Menschen.

Stadtsuperintendent Bernhard Seiger zeigte sich dankbar gegenüber den Menschen, die sich für das Gemeinwesen, für die Politik im Land und Europa engagieren. Und natürlich gehörten dazu auch unterschiedliche Meinungen: *„Es ist eine Frage der Kultur, einen offenen und wertschät-*

zenden politischen Diskurs pflegen zu können. Die Fairness-Vereinbarung leistet dazu einen Beitrag.“ Der Stadtsuperintendent erinnerte auch an einen Besuch in der Kölner Synagoge vor wenigen Tagen: *„Ich konnte spüren, wie sehr die letzten Monate die Angst der jüdischen Gemeindeglieder vor Antisemitismus geschürt haben. Man freut sich über alle, die die Lage jüdischer Menschen in Köln verstehen. Zugleich ist klar, man ist auch gegen Antiislamismus und Rassismus in jeder Form.“* Das Fairnessabkommen positioniere sich da mehr als deutlich.



© Peter Weidemann, pfarrbriefservice.de

Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen ist ein Gremium des Rates der Stadt Köln. Er wurde vor mehr als 20 Jahren gegründet, als die Stadt Köln die ersten prekären Unterbringungsformen für geflüchtete Menschen etablierte. Bei der Gründung des Runden Ti-

ches hat der Rat festgelegt, dass die Ratsfraktionen, die mitwirkenden Ämter der Verwaltung, die Wohlfahrtsverbände und die Initiativen für Geflüchtete Plätze am Runden Tisch bekommen und regelmäßig die kommunale Politik für geflüchtete Menschen beraten.

Die beiden großen Kirchen sind ebenfalls Mitglieder des Runden Tisches und stellen abwechselnd die Sprecher. Für die katholische Kirche in Köln nimmt der Katholikenausschuss diese Aufgabe seit mehr als 20 Jahren wahr. Über den ganzen Zeitraum hat der stellvertretende Vorsitzende des KA, Peter Krücker diese Aufgabe übernommen.

Am 11.04.2025 wird der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen seine 100. Sitzung durchführen. In den Jahren der politischen Arbeit wurde enorm viel erreicht: der Runde Tisch erarbeitete gemeinsam mit der Verwaltung Leitlinien und Qualitätsstandards für die kommunale Unterbringung von Geflüchteten in Köln, die mit großer Mehrheit im Rat verabschiedet wurden. Es wurde ein Konzept zum Umgang mit illegalen Geflüchteten erarbeitet, ein System der gesundheitlichen Versorgung für Menschen ohne Krankenversicherung entwickelt und v.a.m. Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen hat wesentlich dazu beigetragen, dass die politische Debatte zur Unterbringung von Ge-

flüchteten in Köln in der Regel sehr sachlich, parteiübergreifend zielorientiert und unter Berücksichtigung humaner Grundsätze verlaufen sind. Auch in einem schwierigen bundespolitischen Umfeld gelingt es dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen in Köln eine sachliche Debatte zu führen und Impulse für eine zielorientierte soziale Arbeit der Verwaltung und der Träger zu geben.

25.05.2024: 15. Ökumenetag

Es geht um alles Perspektivwechsel für mutiges Christsein

Veranstalter waren:

Evangelisch-Katholischer Arbeitskreis für Ökumene im Stadtbereich Köln,
Evangelischer Stadtkirchenverband Köln und Region, Katholikenausschuss in der Stadt Köln

In Zusammenarbeit mit
Melancthon Akademie des
Ev. Kirchenverbandes Köln und Region,
Katholisches Bildungswerk Köln

Immer mehr Christinnen und Christen spüren: Die „Ökumene“, die Zusammenarbeit in den Kirchen und Gemeinden, hat nur Zukunft, wenn es „um alles geht“:

Das Leben auf dem Planeten, die Verantwortung für alle Geschöpfe, eine andere Sprache des Glaubens, die Fähigkeit von Gemeinden, Menschen in einem „neuen Wir“ zu beheimaten. Dies alles erfordert Perspektivwechsel und Ermutigungen.

Der Evangelisch-katholische Arbeitskreis für Ökumene im Stadtbereich Köln hatte diesen Ökumenetag vorbereitet, um Chri-

stinnen und Christen vor Ort miteinander ins Gespräch zu bringen!

„Wenn die Überzeugung, dass wir als Menschen Brüder und Schwestern sind, keine abstrakte Idee bleiben, sondern konkret Wirklichkeit werden soll, dann stehen wir vor einer Reihe von Herausforderungen, die uns aufrütteln und uns zwingen, neue Perspektiven einzunehmen und neue Antworten zu entwickeln.“

(Papst Franziskus, Enzyklika Fratelli tutti, Nr. 128)

Der Ökumenetag begann mit der Aufstellung einer Klangwand im Innenhof der Antoniterkirche. An dem Einführungsvortrag

von Prof. Faix mit dem Titel „Es geht um alles – mutiges Christsein“ schloß sich ein Podiumsgespräch an.

Am Nachmittag fanden fünf Workshops zu folgenden Themen statt:

1. Pater Annas zum Thema Konversionen
2. Pfarrerin Charlotte Horn zum Thema „Radikale Umkehr“
3. Herr Stiels zum Thema „Kirche im Dorf lassen“
4. Herr Otten zum Thema „Du sollst dein Tier lieben wie dich selbst“
5. Musikworkshop der Gruppe RUHAMA, Klettenberg

Den Abschluss bildete eine musikalische Andacht.

Gregor Stiels bedankte sich herzlich bei Elisabeth Grumfeld, die die Vorbereitungen so intensiv begleitete.



Veranstaltungsort

Citykirchenzentrum des
Antoniterquartiers
Schildergasse
Antoniterkirche



© Evangelisch-Katholischer Arbeitskreis für Ökumene im Stadtbereich Köln



© Peter Weidemann, pfarrbriefservice.de

Ökumenekarte „Eine Kirche im Veedel lassen“

Der Scharnierkreis setzt sich zusammen aus dem Evangelischen Kirchenverband und dem Katholikenausschuss in der Stadt Köln. Innerhalb des Scharnierkreises arbeiten die evangelische und katholische Kirche gut und vertrauensvoll zusammen. Beispielhaft nannte Gregor Stiels den vor kurzem wiederholt durchgeführten Schweigegang und das gemeinsame Anliegen zur Erstellung einer Ökumenekarte „**Eine Kirche im Veedel lassen**“.

Ziel dabei ist es, in jedem Veedel einen Kirchort zu erhalten, der von evangelischen und katholischen Christen gemeinsam genutzt

werden kann. Dazu ist eine Landkarte erstellt worden, auf der sämtliche Kirchorte von evangelischer und katholischer Seite eingetragen sind. Der Überblick soll allen PGRen und Pfarrern zur Verfügung gestellt werden, sodass Schließungen innerhalb der Veedel nicht parallel nebeneinander laufen, sondern Absprachen getroffen werden können, um einen Kirchort zu erhalten.

Hier der Link zur Karte, die ständig aktualisiert wird:

https://umap.openstreetmap.fr/de/map/okumene-poi_999243#10/50.9900/6.5945

22.06.2024: Beschluss auf der Vollversammlung des Diözesanrates

Die Vollversammlung des Diözesanrates beschließt die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der AfD mit der Mitgliedschaft in Verbänden und Räten im Erzbistum Köln.

In ihrer Stellungnahme stellten die engagierten Laien heraus, dass das Gedankengut der AfD dem Handlungsrahmen des Doppelgebotes von Gottes- und Nächstenliebe und der Überzeugung der unantastbaren Würde jedes Menschen, fundamental entgegensteht. „Für rassistische, antisemitische, menschenverachtende Haltungen wird es bei uns niemals einen Platz geben“,

zeigt die Vollversammlung des Diözesanrates deutlich Haltung. Zudem möchte die Laienvertretung mit den Menschen, die sich sorgen, im Gespräch bleiben.

Frau Dr. Pauline Hauser, persönliche Referentin der Caritaspräsidentin, stellte die Jahreskampagne des Deutschen Caritasverbandes 2024 „Frieden beginnt bei mir“ vor.

Hedwig Fritz, Geistliche Begleitung der Diözesangruppe Pax Christi und Mitglied des Runden Tisches Frieden im Erzbistum Köln, führte in den Beschluss „10 Leitsätze, Frieden und wie wir selbst immer mehr in unse-



© Peter Weidemann, pfarrbriefservice.de

rem engsten Umfeld, in der Familie, im Bistum und in der Gesellschaft Frieden schaffen“ ein, die durch die Vollversammlung beschlossen wurden.

28.06.2024: Gottesdienst „Brüche, Risse, Verluste im Leben“

Gottesdienst „Brüche, Risse, Verluste im Leben – neu sehen“

für Menschen in schwierigen Lebenssituationen, der Mut machen will

St. Kolumba Madonna in den Trümmern

Trennung, Verlust des Lebensmittelpunktes, Krankheit, Tod, Ortswechsel, unglückliche Beziehungen.

Es gibt zahlreiche Situationen, dass das Leben aus dem Gleichgewicht gerät oder etwas in die Brüche geht und zumeist sind die Betroffenen in einer emotionalen Ausnahmesituation und wissen oft nicht mehr

weiter. Einsamkeit hat viele Gesichter und was tun, wenn ich mich gerade in einer solchen Situation befinde? Dazu braucht es Vertrauen, vor allem in Krisenzeiten und Zeiten der Mutlosigkeit.

Für Menschen in einer solchen Verlustkrise lädt der Gottesdienst ein. Der Ort Madonna in den Trümmern ist ein Sinnbild dafür, dass auch aus Zerstörtem etwas Neues entstehen kann.

Initiative: Katholikenausschuss in der Stadt Köln, Pastoralreferentin Regina Oediger-Spinrath

07.11.2024: Ökumenischer Schweigegang

Ein starkes Zeichen der Anteilnahme und Verbundenheit für unsere jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn!

Beim gemeinsamen Schweigegang am 7. November wurden der Opfer von Krieg und Terror gedacht.

Der Katholikenausschuss in der Stadt Köln, das Katholische Stadtdekanat Köln und der Evangelische Kirchenverband Köln und Region riefen gemeinsam zu einem Schweigegang zum Jahrestag der Pogromnacht vor 86 Jahren (9. November 1938) auf.

Rund 350 Menschen schlossen sich am 7. November diesem Aufruf an und zogen von dem jüdischen Museum zur Synagoge in die Roonstraße. Schweigend wurden der Opfer von Krieg und Terror gedacht und ein starkes Zeichen der Anteilnahme und Verbundenheit für unsere jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn gesetzt, die von anhaltendem Antisemitismus betroffen sind.

„Mit großem Befremden mussten wir mit ansehen, dass Menschen auf der Straße feierten, als auf unschuldige Menschen in Israel Raketen geschossen und Gräueltaten



© APK

Brüche, Risse, Verluste im Leben
NEU SEHEN

St. Kolumba
Madonna in den Trümmern
Köln-Innenstadt
Kolumbastr./Ecke
Brückenstraße

Gottesdienst

Seien Sie

verübt wurden“, sagt Gregor Stiels, Vorsitzender des Katholikenausschusses in der Stadt Köln. *„Mit dem Schweigegang wollen wir ein menschliches Zeichen unseres Mitgefühls an alle senden, die von Terror, Krieg und Antisemitismus betroffen sind.“*

Der Ökumenische Schweigegang fand zum zweiten Mal nach 2023 statt. Zahlreiche Verbände und Organisationen aus beiden Kirchen sowie das Bündnis „Köln stellt sich quer“, die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen Köln, die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und darüber hinaus Vertreter aus Politik und Stadtgesellschaft unterstützten die Initia-

tive. Auch der Islamverband Ditib und die muslimische Ahmadiyya-Gemeinde schlossen sich dem Aufruf an und nahmen mit mehreren Vertretern am Schweigegang teil.

13.11.2024: 10 Jahre Aktion Neue Nachbarn in Köln

Handlungsstrategien für eine erfolgreiche Zusammenarbeit in der Geflüchtetenhilfe

Über Menschen, die aufgrund von Krieg und Verfolgung zu uns fliehen, wird viel gesprochen, jedoch nur wenig über die Menschen, die als Engagierte seit vielen Jahren Willkommenskultur in unserem Land und unserer Stadt leben.

Der Sachverständigenrat Integration und Migration (SVR) hat sich erstmals mit den vielen freiwillig Engagierten in der Geflüchtetenhilfe deutschlandweit beschäftigt. Wer sind sie? Was motiviert sie? Wie kann man ihr Engagement kommunal fördern?

Alex Wittlif, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Sachverständigenrates, hat in einem Impulsreferat einige Ergebnisse vorgestellt. Konkrete Handlungsempfehlungen wurden in einem anschließenden Podium für unsere Kölner Situation diskutiert. Mit dabei waren Vertreter*innen von Willkommens-Initiativen, Migrantischen Organisationen, freier Wohlfahrt, Verwaltung und Politik.

Im zweiten Teil gab es vertiefende Gespräche und Vernetzung bei „müffele und süffele“ mit den Anwesenden.



© Uli Thomas/ANN Köln

Arbeitskreis Freya von Moltke

Im Jahr 2024 hat der ökumenische Arbeitskreis Freya von Moltke vor allem zwei Projekte vorangetrieben bzw. unterstützt:

Die Entwicklung eines Freya von Moltke-Preises sowie die (maßgeblich vom Diözesanrat in die Hand genommene) Erneuerung der Stele zur Erinnerung an Freya von Moltke am Deichmannhaus (Kölner Bahnhofsvorplatz, siehe Foto links).

Die erneuerte Stele wird am Samstag, den 29. März 2025 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Am Konzept für den Freya von Moltke-Preis wird derzeit noch „gefeilt“. Soviel steht

schon fest: Mit diesem Preis sollen Schulklassen/Gruppen/Einzelpersonen ausgezeichnet werden, die sich in besonderer Weise – etwa durch politischen Mut, durch das Eintreten für eigene Überzeugungen – für den Europäischen Gedanken verdient gemacht haben.



© Rainer Thelen

24.12.2024: Heiliger Abend im Hauptbahnhof in der C-Passage

Unter dem Titel „*Auf dem Weg*“ fand am 24. Dezember 2024 von 12.45 Uhr bis 14.15 Uhr ein ökumenisches Advents-/Weihnachtssingen statt.

Kurze Impulse wechselten sich ab mit gemeinsamem Singen von Weihnachtsliedern, unterstützt durch ein E-Piano und einem Bläserchor.

Unter Beteiligung verschiedener christlicher Kirchen, der Bahnhofsmision und der Bahn AG, die uns die C-Passage im Hauptbahnhof zur Verfügung stellte, sprach auch Oberbürgermeisterin Henriette Reker ein Grußwort.



© Daniela Machinek

Mitgliedschaften

Der Katholikenausschuss ist auf städtischer und diözesaner Ebene in folgenden Gremien und Zusammenschlüssen präsent, um dort die Belange der Katholikinnen und Katholiken in Köln zu vertreten.

- Vorstand Förderverein Romanische Kirchen
- Vorstand Katholisches Bildungswerk
- Runder Tisch für Integration
- Runder Tisch für Flüchtlingsfragen
- Rat der Religionen
- Arbeitskreis christlicher Kirchen
- Caritasverein zur Förderung der Nostra gGmbH
- Katholische Jugendwerke Köln e.V.
- Diözesanpastoralrat
- umsteuern! Robin Sisterhood e.V.

Diözesanrat

Vertretung der Kölner Dekanate im Diözesanrat mit vier Delegierten

Arbeitsgruppen/Gesprächsrunden

In unterschiedlichen Arbeitsgruppen und Gesprächsrunden beschäftigt sich der KA mit aktuellen kirchlichen und gesellschaftlichen Fragen. Einige Arbeitsgruppen sind temporär und projektbezogen tätig, andere beobachten längerfristig wichtige Themen.

Die Verbindung zwischen Basis und Vorstand wird u.a. gesichert durch zwei Konferenzen

- Konferenz der katholischen Verbände
- Konferenz der Pfarrgemeinderatsvorsitzenden

- Evangelisch-katholischer Arbeitskreis
- Arbeitskreis „Weißt du, wer ich bin?“
- Arbeitsgemeinschaft Baptisterium
- Scharnierkreis: Ständige Gesprächsrunde mit dem evangelischen Stadtkirchenverband
- Arbeitskreis „Nein zu Gewalt an Frauen“
- LGBTIQ mit Vertreter/ innen von Aidshilfe und KLuST (Kölner Lesben- und Schwulentag)

- Arbeitskreis Freya von Moltke
- Arbeitskreis Kirche und Sport
- Kölner Allianz für den freien Sonntag
- Gesprächsrunde „Suchet der Stadt Bestes“
- Bündnis „Köln zeigt Haltung“
- Arbeitskreis Stadtpolitik

Auszug aus der Satzung für die Dekanatsräte der Katholikinnen und Katholiken im Erzbistum Köln

(gültig für alle Stadt- und Kreisdekanate)

§2 Aufgaben: Der Dekanatsrat hat als Vertretung der Katholiken in seinem Gebiet insbesondere die Aufgaben:

- a) die Entwicklungen im kommunalen, staatlichen, gesellschaftlichen und kirchlichen Leben zu beobachten und die Anliegen der Katholiken in der Öffentlichkeit zu vertreten;
- b) Anregungen für das Wirken der Katholiken in Kirche, Staat und Gesellschaft zu geben;
- c) gemeinsame Initiativen und Veranstaltungen der Katholiken seines Gebietes vorzubereiten und durchzuführen;

- d) zu Fragen des öffentlichen und kirchlichen Lebens Stellung zu nehmen;
- e) die Pfarrgemeinderäte bei der Durchführung ihrer Arbeit zu befördern sowie in Konfliktfällen seine Vermittlung anzubieten;
- f) die katholischen Verbände, Organisationen und Gruppen unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit zu beraten und ihre Arbeit aufeinander abzustimmen;
- g) Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung anzubieten, zu veranlassen oder durchzuführen;

- h) bei der Festlegung der Schwerpunkte und Richtlinien der pastoralen Planung mitzuwirken;
- i) den Dechanten und die Geistlichen des Dekanats in pastoralen Fragen zu beraten;
- j) den Bischof bei der Ernennung des Stadt- bzw. Kreisdechanten zu beraten;
- k) die Vertreter oder Vertreterinnen des Dekanats in den Diözesanrat zu wählen und Beauftragte in andere Gremien zu entsenden.



Ulla Kleinebeckel
Sekretariat

Geschäftsstelle Katholikenausschuss Köln

Domforum, Domkloster 3, 50667 Köln
Telefon 0221 / 92 58 47 80
Telefax 0221 / 92 58 47 71
E-Mail: koeln@katholikenausschuss.de
Homepage: www.katholikenausschuss.de
facebook.com/katholikenausschuss

IMPRESSUM

Herausgeber: Katholikenausschuss Köln,
Domkloster 3, 50667 Köln
www.katholikenausschuss.de
Layout: Birgit Schlange, Köln
Druck: Cariprint, Köln

Regelmässig aktuelle Informationen

finden Sie auf unserer Homepage unter
www.katholikenausschuss.de.

Fotos:

APK, Evangelisch-Katholischer Arbeitskreis für Ökumene im Stadtbereich Köln,
Ulla Kleinebeckel, Daniela Machinek,
Martin Niekämper, Achim Pohl (Bistum Essen),
Stefan Rahmann, Bernhard Riedl,
Rainer Thelen, Uli Thomas (ANN Kön),
Peter Weidemann, Pfarrbriefservice.de

Bezugsanschrift:

Katholikenausschuss Köln,
Domkloster 3, 50667 Köln
Telefon 0221 / 92 58 47 80
Telefax 0221 / 92 58 47 71
E-Mail: koeln@katholikenausschuss.de
www.katholikenausschuss.de
facebook.com/katholikenausschuss